Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsgrundsätze

(2001/C 154 E/29)

KOM(2001) 80 endg. — 2001/0044(COD)

(Von der Kommission vorgelegt am 13. Februar 2001)

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 95 Absatz 1,

auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses,

gemäß dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Auf dem Europäischen Rat von Lissabon vom 23./24. März 2000 wurde die Notwendigkeit der beschleunigten Vollendung des Binnenmarktes für Finanzdienstleistungen hervorgehoben sowie der Termin 2005 für die Umsetzung des Aktionsplans für Finanzdienstleistungen der Kommission festgelegt. Darüber hinaus wurde darauf gedrängt, Maßnahmen zu ergreifen, um die Vergleichbarkeit der von Publikumsgesellschaften erstellten (Jahres-)Abschlüsse zu erhöhen.
- (2) Um zu einer Verbesserung der Funktionsweise des Binnenmarktes beizutragen, sind Publikumsgesellschaften dazu zu verpflichten, dass sie bei der Aufstellung ihrer konsolidierten Abschlüsse ein einziges Regelwerk internationaler Rechnungslegungsgrundsätze von hoher Qualität anwenden. Eine solche Maßnahme gewährleistet auch ein hohes Niveau in der Transparenz und Vergleichbarkeit der Rechnungslegung aller EU-Publikumsgesellschaften, was wiederum eine unabdingbare Voraussetzung für den Aufbau eines integrierten Kapitalmarktes ist, der seine Rolle wirksam, reibungslos und effizient wahrnimmt.
- (3) Diese Verordnung zielt darauf ab, einen Beitrag zur effizienten und kostengünstigen Funktionsweise des Kapitalmarkts zu leisten. Der Schutz von Anlegern und der Erhalt des Vertrauens in die Finanzmärkte ist ebenso ein wichtiger Aspekt für die Verwirklichung des Binnenmarktes auf diesem Gebiet. Mit dieser Verordnung werden der freie Kapitalverkehr im Binnenmarkt gestärkt und die euro-

päischen Unternehmen dabei unterstützt, zu gleichen Wettbewerbsbedingungen um finanzielle Mittel auf den europäischen wie auch auf den internationalen Kapitalmärkten zu konkurrieren.

- (4) Für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Kapitalmärkte ist es von großer Bedeutung, dass eine Konvergenz der in Europa für die (Jahres-)Abschlussaufstellung angewandten Grundsätze mit solchen internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen erreicht wird, die weltweit für grenzübergreifende Geschäfte oder Börsennotierungen an allen Plätzen der Welt genutzt werden können.
- (5) Am 13. Juni 2000 hat die Kommission ihre Mitteilung mit dem Titel „Rechnungslegungsstrategie der EU: Künftiges Vorgehen“ veröffentlicht, in der vorgeschlagen wurde, dass alle EU-Publikumsgesellschaften ihre konsolidierten Abschlüsse bis spätestens zum Jahr 2005 gemäß einem einzigen Regelwerk von Rechnungslegungsgrundsätzen, nämlich den „International Accounting Standards“ (IAS), aufstellen.
- (6) Die internationalen Rechnungslegungsgrundsätze („International Accounting Standards“/IAS) werden vom „International Accounting Standards Committee“ (IASC) entwickelt, dessen Ziel darin besteht, ein einziges Regelwerk von international gültigen Rechnungslegungsgrundsätzen zu entwickeln. Diese Rechnungslegungsgrundsätze sollten — wo immer es möglich ist und vorausgesetzt, dass sie einen hohen Grad an Transparenz und Vergleichbarkeit für die Rechnungslegung in der EU gewährleisten — für alle Publikumsgesellschaften sowie für alle EU-Unternehmen, die eine Zulassung zum Wertpapierhandel vorbereiten, zur Pflicht werden.
- (7) Die Kommission sollte mit Unterstützung eines Regelungsausschusses auf dem Gebiet der Rechnungslegung, der sich aus Vertretern der Mitgliedstaaten zusammensetzt, gemäß dem im Beschluss 1999/468/EG des Rates vom 28. Juni 1999 zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse festgelegten Verfahren befähigt werden, die internationalen Rechnungslegungsgrundsätze auf Gemeinschaftsebene zur Pflicht zu machen. Da die für die Durchführung der vorliegenden Verordnung erforderlichen Maßnahmen von allgemeiner Tragweite im Sinne des Artikels 2 des Beschlusses 1999/468/EG des Rates vom 28. Juni 1999 zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse sind, sollten sie nach dem Regelungsverfahren des Artikels 5 des Beschlusses erlassen werden.

- (8) Ein Technischer Ausschuss auf dem Gebiet der Rechnungslegung wird die Kommission bei ihrer Bewertung der internationalen Rechnungslegungsgrundsätze unterstützen und sachverständig beraten. Er wird auch dazu beitragen, die Positionen der Europäischen Union in den Diskussionsrunden des „International Accounting Standards Committee“ (IASC) stärker zu koordinieren, die europäischen Positionen zu neuen internationalen Rechnungslegungsfragen zu einem frühen Zeitpunkt abzustecken sowie die aktive europäische Teilnahme an den maßgeblichen Organen des IASC sicherzustellen, um die vom IASC letztendlich gewählten Lösungsansätze mit beeinflussen und gestalten zu können.
- (9) Der Anerkennungs-Mechanismus sollte rasch eine Stellungnahme zu vorgeschlagenen internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermöglichen und darüber hinaus ein Mittel sein, mittels dessen Informationen über internationale Rechnungslegungsgrundsätze von den betroffenen Hauptbeteiligten erörtert, reflektiert und untereinander ausgetauscht werden können. Bei letzteren handelt es sich insbesondere um die nationalen Standardsetzer auf dem Gebiet der Rechnungslegung, die Wertpapieraufsichtsbehörden, die mit der Rechnungslegung befassten Berufstände sowie die Nutzer und Aufsteller von Abschlüssen. Dieser Mechanismus sollte ein Instrument zur Förderung eines gemeinsamen Verständnisses der angenommenen internationalen Rechnungslegungsgrundsätze in der Europäischen Union sein.
- (10) Gemäß dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sind die in dieser Verordnung getroffenen Maßnahmen, welche die Anwendung eines einzigen Regelwerks von internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen für alle Publikumsgesellschaften und Unternehmen, die eine Börsenzulassung vorbereiten, verpflichtend vorsehen, notwendig, um zur Erreichung des Ziels beizutragen, das in einer wirksamen und kostengünstigen Funktionsweise der EU-Kapitalmärkte und damit in der Vollendung des Binnenmarktes besteht.
- (11) Im Hinblick auf die Jahresabschlüsse (Einzelabschlüsse) von Unternehmen ist es in Übereinstimmung mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit erforderlich, den Mitgliedstaaten eine Wahlmöglichkeit zu lassen. Sie können Publikumsgesellschaften und Unternehmen, die eine Börsenzulassung vorbereiten, gestatten oder vorschreiben, dass diese Unternehmen ihre Einzelabschlüsse nach den internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen aufstellen, die gemäß dem in dieser Verordnung festgelegten Verfahren angenommen wurden. Die Mitgliedstaaten können auch darüber entscheiden, ob sie diese Möglichkeit oder diese Anforderung auf die Erstellung von konsolidierten Abschlüssen und/oder von Jahresabschlüssen nichtbörsennotierter Unternehmen ausweiten wollen.
- (12) Um den Mitgliedstaaten und den Unternehmen die Vornahme der erforderlichen Anpassungen für die Anwen-

dung internationaler Rechnungslegungsgrundsätze zu ermöglichen, ist es erforderlich, die Anwendung bestimmter Vorschriften erst ab dem Jahre 2005 vorzusehen —

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Zielsetzung

Diese Verordnung legt die Vorschriften für die Annahme und die Anwendung internationaler Rechnungslegungsgrundsätze in der Gemeinschaft fest, um damit die Funktionsweise des Binnenmarktes zu verbessern und das reibungslose und effiziente Funktionieren des EU-Kapitalmarktes zu gewährleisten.

Artikel 2

Definitionen

Im Sinne dieser Verordnung bezeichnen „internationale Rechnungslegungsgrundsätze“ die „International Accounting Standards“ (IAS) und damit im Zusammenhang stehende Auslegungen („SIC Interpretations“), die vom „International Accounting Standards Committee“ (IASC) herausgegeben werden und im Anhang zu dieser Verordnung aufgeführt sind. Dazu zählen auch spätere Änderungen dieser Rechnungslegungsgrundsätze und der damit im Zusammenhang stehenden Auslegungen, künftige Rechnungslegungsgrundsätze und vom IASC vorzulegende entsprechende Auslegungen sowie gleichwertige Rechnungslegungsgrundsätze, bei denen es sich um Normen handelt, die einen hohen Grad an Transparenz und Vergleichbarkeit der Rechnungslegung gewährleisten und den IAS so weit wie möglich entsprechen.

Artikel 3

Befugnisse der Kommission und Veröffentlichung

(1) Die Kommission wird gemäß des in Artikel 6 festgelegten Verfahrens die internationalen Rechnungslegungsgrundsätze bestimmen und annehmen, die im Sinne von Artikel 4 dieser Verordnung zur Pflicht gemacht werden sollen, um einen hohen Grad an Transparenz und Vergleichbarkeit der (Jahres-)Abschlüsse zu gewährleisten.

(2) Spätestens bis zum 31. Dezember 2002 wird die Kommission auf der Grundlage des in Artikel 6 festgelegten Verfahrens über die Anwendbarkeit der im Anhang zu dieser Verordnung aufgelisteten internationalen Rechnungslegungsgrundsätze in der Gemeinschaft befinden.

(3) Die Beschlüsse der Kommission betreffend die Annahme internationaler Rechnungslegungsgrundsätze werden im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht.

Artikel 4

Konsolidierte Abschlüsse von Publikumsgesellschaften und Unternehmen, die eine Börsenzulassung vorbereiten

Unternehmen, die unter das Recht eines Mitgliedstaates fallen und deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt im Sinne von Artikel 1 Absatz 13 der Richtlinie 93/22/EWG des Rates vom 10. Mai 1993 über Wertpapierdienstleistungen zugelassen sind oder deren Wertpapiere dem Publikum im Hinblick auf ihre Zulassung zum Handel auf einem geregelten Markt gemäß den Bedingungen angeboten werden, die in der Richtlinie 80/390/EWG des Rates vom 17. März 1980 zur Koordinierung der Bedingungen für die Erstellung, die Kontrolle und die Verbreitung des Prospekts, der für die Zulassung von Wertpapieren zur amtlichen Notierung an einer Wertpapierbörse zu veröffentlichen ist, festgelegt sind, sollen ihre konsolidierten Abschlüsse für das Geschäftsjahr, das am oder nach dem 1. Januar 2005 beginnt, gemäß den internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen aufstellen, die nach dem in dieser Verordnung festgelegten Verfahren angenommen werden.

Artikel 5

Optionen betreffend die Jahresabschlüsse und Nichtpublikumsgesellschaften

Die Mitgliedstaaten können

- a) den in Artikel 4 genannten Unternehmen hinsichtlich der Aufstellung ihrer Jahresabschlüsse
- b) und anderen als in Artikel 4 genannten Unternehmen hinsichtlich der Aufstellung ihrer konsolidierten Abschlüsse und/oder ihrer Jahresabschlüsse gestatten oder ihnen verbindlich vorschreiben, dass diese Abschlüsse gemäß den internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen aufzustellen sind, die nach dem in Artikel 6 festgelegten Verfahren angenommen werden.

Artikel 6

Der Regelungsausschuss auf dem Gebiet der Rechnungslegung

- (1) Bei der Annahme der internationalen Rechnungslegungsgrundsätze gemäß dem in dieser Verordnung festgelegten Ver-

fahren wird die Kommission durch einen Regelungsausschuss auf dem Gebiet der Rechnungslegung unterstützt (nachfolgend: „der Regelungsausschuss auf dem Gebiet der Rechnungslegung“), der sich aus Vertretern der Mitgliedstaaten zusammensetzt und dessen Vorsitz der Kommissionsvertreter innehat. Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so ist das Regelungsverfahren nach Artikel 5 des Beschlusses 1999/468/EG unter Beachtung von dessen Artikel 7 Absatz 3 und Artikel 8 anzuwenden.

- (2) Der Regelungsausschuss auf dem Gebiet der Rechnungslegung nimmt innerhalb eines Monats nach Vorlage des Kommissionsvorschlags zu diesem Stellung.

- (3) Die in Artikel 5 Absatz 6 des Beschlusses 1999/468/EG vorgesehene Frist wird auf zwei Monate festgesetzt.

Artikel 7

Mitteilung

Ergreifen die Mitgliedstaaten Maßnahmen im Sinne von Artikel 5, so werden sie diese unmittelbar der Kommission und den anderen Mitgliedstaaten mitteilen.

Artikel 8

Informationen und Überprüfung

Die Kommission wird die Funktionsweise dieser Verordnung überprüfen und dem Europäischen Parlament und dem Rat bis spätestens zum 1. Juli 2007 Bericht erstatten.

Artikel 9

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Artikel 10

Adressaten

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

ANHANG

„INTERNATIONAL ACCOUNTING STANDARDS“ (IAS)	
IAS Nr.	Titel
IAS 1	Darstellung des Abschlusses
IAS 2	Vorräte
IAS 7	Kapitalflussrechnungen
IAS 8	Periodenergebnis, grundlegende Fehler und Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
IAS 10	Erfolgsunsicherheiten und Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
IAS 11	Fertigungsaufträge
IAS 12	Ertragssteuern
IAS 14	Segmentberichterstattung
IAS 15	Informationen über die Auswirkungen von Preisänderungen
IAS 16	Sachanlagen
IAS 17	Leasingverhältnisse
IAS 18	Erträge
IAS 19	Leistungen an Arbeitnehmer
IAS 20	Bilanzierung und Darstellung von Zuwendungen der öffentlichen Hand
IAS 21	Auswirkungen von Wechselkursänderungen
IAS 22	Unternehmenszusammenschlüsse
IAS 23	Fremdkapitalkosten
IAS 24	Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen
IAS 26	Bilanzierung und Berichterstattung von Altersversorgungsplänen
IAS 27	Konzernabschlüsse und Bilanzierung von Anteilen an Tochterunternehmen
IAS 28	Bilanzierung von Anteilen an assoziierten Unternehmen
IAS 29	Rechnungslegung in Hochinflationländern
IAS 30	Angaben im Abschluss von Banken und ähnlichen Finanzinstitutionen
IAS 31	Rechnungslegung über Anteile an Joint Ventures
IAS 32	Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung
IAS 33	Ergebnis je Aktie
IAS 34	Zwischenberichterstattung
IAS 35	Einstellung von Bereichen
IAS 36	Wertminderung von Vermögenswerten
IAS 37	Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen
IAS 38	Immaterielle Vermögenswerte
IAS 39	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung
IAS 40	Immobilienanlagen

Die nicht kontinuierliche Auflistung der IAS ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass einige der ersten Rechnungslegungsgrundsätze durch neuere ersetzt wurden.

FESTLEGUNGEN DES „STANDING INTERPRETATIONS COMMITTEE“(IASC)

SIC Nr.	Titel
SIC-1	Stetigkeit — Unterschiedliche Verfahren zur Zuordnung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten von Vorräten
SIC-2	Stetigkeit — Aktivierung von Fremdkapitalkosten
SIC-3	Eliminierung von nicht realisierten Gewinnen und Verlusten aus Transaktionen mit assoziierten Unternehmen
SIC-5	Klassifizierung von Finanzinstrumenten — Bedingte Erfüllungsvereinbarungen
SIC-6	Kosten der Anpassung vorhandener Software
SIC-7	Einführung des Euro
SIC-8	Erstmalige Anwendung der IAS als primäre Grundlage der Rechnungslegung
SIC-9	Unternehmenszusammenschlüsse — Klassifizierung als Unternehmenserwerbe oder Interessenzusammenführungen
SIC-10	Beihilfen der öffentlichen Hand — Kein spezifischer Zusammenhang mit betrieblichen Tätigkeiten
SIC-11	Fremdwährung — Aktivierung von Verlusten aus erheblichen Währungsabwertungen
SIC-12	Konsolidierung — Zweckgesellschaften
SIC-13	Gemeinschaftlich geführte Einheiten — Nicht monetäre Einlagen durch Partnerunternehmen
SIC-14	Sachanlagen — Entschädigungen für die Wertminderung oder den Verlust von Gegenständen
SIC-15	Operating-Leasingverhältnisse — Anreizvereinbarungen
SIC-16	Gezeichnetes Kapital — Rückgekaufte eigene Eigenkapitalinstrumente (eigene Aktien)
SIC-17	Eigenkapital — Kosten einer Eigenkapitaltransaktion
SIC-18	Stetigkeit — Alternative Verfahren
SIC-19	Berichtswährung — Bewertung und Ausweis von Abschlüssen unter Zugrundelegung von IAS 21 und IAS 29
SIC-20	Equity-Methode — Ausweis von Verlusten
SIC-21	Ertragssteuern — Erlöse aus der Neubewertung nicht abschreibungsfähiger Vermögenswerte
SIC-22	Unternehmenszusammenschlüsse — Spätere Anpassung der ursprünglich ausgewiesenen Fair Values und des Geschäftswerts
SIC-23	Sachanlagevermögen — Kosten größerer Inspektionen und Instandsetzungen
SIC-24	Ergebnis je Aktie — Finanzinstrumente und andere Verträge, die in Aktien abgerechnet werden können
SIC-25	Ertragssteuern — Änderungen im steuerlichen Status eines Unternehmens oder seiner Anteilseigner